



Kommentar

Peter Bußjäger

Versiegelt

Der rasante Bodenverbrauch in Österreich ist eine massive Herausforderung für die Zukunft. Boden geht durch Bautätigkeit für Wohnungen, Betriebsansiedelungen, Straßen und Einkaufszentren verloren. Das ist nicht nur für Natur und Landschaft ein Problem,

„Die Länder werden in Zukunft viel stärker als bisher in die **Planungen der Gemeinden** eingreifen müssen.“

sondern kostet die Allgemeinheit immer mehr Geld, weil der versiegelte Boden die Gefahr von Hochwasser und Muren erhöht und die Erschließungskosten sowie die Straßenerhaltung immer höhere Summen verschlingen.

Im internationalen Vergleich gibt es in Österreich noch relativ viel Freiräume. Am meisten Beton und Asphalt gibt es auf der Insel Malta, gefolgt von den Niederlanden. Österreich befindet sich nach der Schweiz im unteren Mittelfeld. Dabei ist allerdings zu beachten, dass nur etwa ein Drittel des Landes überhaupt besiedelt werden kann. Umso vorsichtiger muss mit dem Boden in den Tallagen umgegangen werden.

Deshalb ist es besonders besorgniserregend, dass Österreich angeblich das Land ist, in dem der Bodenverbrauch in einem so hohen Ausmaß steigt wie sonst nirgends in Europa. Das ist sicherlich der erfreulichen wirtschaftlichen Lage, der hohen Lebensqualität und der damit verbundenen Attraktivität des Landes geschuldet. Es wäre jedoch falsch, allein im Zuzug nach Österreich die Schuld an der Entwicklung zu sehen: Die Versiegelung des Bodens ist in Österreich in den vergangenen Jahren nämlich um ein Vielfaches

stärker gewachsen als die Bevölkerung.

Für die Raumordnung sind in Österreich in erster Linie Länder und Gemeinden zuständig. Es handelt sich um einen Bereich, der wie kaum ein anderer in die Verantwortung dieser Gebietskörperschaften fällt. Es überrascht daher auch nicht, dass die Kritik an der Raumordnungspolitik der Länder und Gemeinden immer lauter wird. Die Vorwürfe beziehen sich darauf, dass lokale Interessen dominieren, die Gemeinden Bauland widmen, ohne ihr Vorgehen aufeinander abzustimmen, dem Bodenverbrauch zu geringes Augenmerk schenken und die Länder nicht rigoros genug steuern. Besonders stehen die Einkaufszentren im Mittelpunkt der berechtigten Kritik.

Die Länder werden in Zukunft viel stärker als bisher in die Planungen der Gemeinden eingreifen müssen. Außerdem sind neue Instrumente gefragt, mit denen der Bodenverbrauch gesteuert werden kann, auch Steuern kommen dafür in Betracht. Wahrscheinlich wird man in Vorarlberg auch höhere Gebäude als bisher zulassen müssen. Wenn die Länder ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, könnte der Bund die Raumordnung an sich ziehen. Durch Zentralisierung der Raumordnung würden allerdings die Probleme nicht beseitigt, sondern vielmehr wichtige Standortentscheidungen zentralistisch und ohne Rücksicht auf die regionalen Erfordernisse getroffen.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.